

N I E D E R S C H R I F T

über die 6. Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach am 17.05.2010 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Rates waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Rat ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Bürgermeister Frank Helmenstein

Stimmberechtigte Mitglieder

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Fritz Marquardt

2. stellv. Bürgermeister Thorsten Konzelmann

Stadtverordnete Helga Auerswald

Stadtverordneter Rolf-Helmut Becker

Stadtverordnete Gabi Behrendt

Stadtverordneter Tim Bubenzler

Stadtverordnete Marita Cordes

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

Stadtverordnete Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Stadtverordneter Thomas Geilhaupt

Stadtverordneter Konrad Gerards

Stadtverordneter Andreas Guist

Stadtverordneter J. Werner Hannemann

Stadtverordneter Thomas Hähner

Stadtverordneter Hans-Egon Häring

Stadtverordneter Klaus Heinen

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Dirk Johanns

Stadtverordneter Volker Kranenberg

Stadtverordneter Dipl.-Kfm. Reinhard Kretschmann

Stadtverordneter Klaus Leesch

Stadtverordneter Jakob Löwen

Stadtverordneter Manfred Meier

Stadtverordnete Andrea Molitor

Stadtverordnete Gabriele Müller

Stadtverordneter Horst Naumann

Stadtverordneter Karl-Heinz Richter

Stadtverordneter Bajrus Saliu
Stadtverordneter Uwe Schieder
Stadtverordneter Helmut Schillingmann
Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek
Stadtverordneter Christoph Schmitz
Stadtverordneter Walter Schneider
Stadtverordneter Torsten Stommel
Stadtverordneter Rainer Sülzer
Stadtverordnete Ursula Thielen
Stadtverordneter Dr. Ulrich von Trotha
Stadtverordneter Joachim Tump
Stadtverordnete Irmgard Voß-Canisius
Stadtverordnete Elke Wilke
Stadtverordneter F. Lothar Winkelhoch

Verwaltung

Bürgermeister Frank Helmenstein
Techn. Beigeordneter Dipl.-Ing. Ulrich Stücker
Beigeordneter Peter Thome
StVwD. Ulrich Reichelt-Münster
StVwR. Bernhard Starke
StA. Jörg Robach

Die Niederschrift führt: Schriftführer Jörg Robach

Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung:	keine
Sitzungsende:	20:00 Uhr

Tagesordnung :

Nicht öffentlicher Teil :

- TOP 1 902/2010**
Abberufung einer Prüferin des Fachdienstes 1.5 „Rechnungsprüfung“
- TOP 2 965/2010**
Bestellung eines Rechnungsprüfers für den Fachdienst 1.5
Rechnungsprüfung
- TOP 3 971/2010**
Grundstücksangelegenheiten
Vergabeverfahren zur Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums
auf dem Steinmüllergelände
– Europaweite Ausschreibung 2008/S119-158145 (Steinmüllergelände) –
Hier: Beschluss zur Herausnahme der Realisierungsverpflichtung einer
Multifunktionalen Veranstaltungshalle aus dem Vergabeverfahren
- TOP 4 980/2010**
Vergabeverfahren zur Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums
auf dem Steinmüllergelände
- Europaweite Ausschreibung 2008/S119-158145 (Steinmüllergelände) -
Hier: Beschluss einer modifizierten Aufforderung zur Abgabe eines
überarbeiteten Angebotes an die Bieter
- TOP 5 979/2010**
Beteiligung der Stadt Gummersbach an der Planung und Errichtung einer
Multifunktionalen Veranstaltungshalle sowie Schaffung der dazu
notwendigen baurechtlichen Voraussetzungen
- TOP 6** Mitteilungen – Entschuldigung der Post für die Zustellungspanne

Öffentlicher Teil :

- TOP 7 981/2010**
Grundsatzbeschluss zur Sanierung und Umnutzung der „Halle 32“ auf dem
Steinmüllergelände
- TOP 8 982/2010**
Information zum Sachstand des Vergabeverfahrens zur Errichtung eines
innerstädtischen Einkaufszentrums und zur Planung einer Multifunktionalen
Veranstaltungshalle sowie der Sanierung der „Halle 32“ auf dem
Steinmüllergelände Gummersbach
- TOP 9** Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 10** Anträge
- TOP 10.1 942/2010**
Einführung eines Sozialpasses

- TOP 10.2 962/2010**
Verzicht auf die Erneuerung einer Fußgängerbrücke
- TOP 10.3 972/2010**
Stornierung des Auftrages zur Schulentwicklungsplanung
- TOP 10.4 983/2010**
Bewohnerparken im Innenstadtbereich von Gummersbach
- TOP 11 970/2010**
**Wiederwahl der stellvertretenden Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk II
(Bereich Dieringhausen / Vollmerhausen)**
- TOP 12 963/2010**
**Umbesetzung in der Geschäftsführung der Trägergesellschaft Stadthalle
Gummersbach GmbH**
- TOP 13 637/2009**
**Bebauungsplan Nr. 244 „Dieringhausen – Ehemalige Erddeponie“
Beschluss über Stellungnahmen, Abschluss eines städtebaulichen Vertrages
sowie Satzungsbeschluss**
- TOP 14 934/2010**
**Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung Hülsenbusch
Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss**
- TOP 15 946.1/2010**
**Erlaß einer Satzung über die Nahwärmeversorgung der Stadt Gummersbach
auf dem Steinmüllergelände**
- TOP 16 943/2010**
Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2010 der Stadtwerke Gummersbach
- TOP 17 Mitteilungen**

Nicht öffentlicher Teil :

TOP 1

902/2010

Abberufung einer Prüferin des Fachdienstes 1.5 „Rechnungsprüfung“

Auszug:

TOP 2

965/2010

Bestellung eines Rechnungsprüfers für den Fachdienst 1.5 Rechnungsprüfung

Auszug:

TOP 3

971/2010

Grundstücksangelegenheiten

Vergabeverfahren zur Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums auf dem Steinmüllergelände

- Europaweite Ausschreibung 2008/S119-158145 (Steinmüllergelände) -

Hier: Beschluss zur Herausnahme der Realisierungsverpflichtung einer Multifunktionalen Veranstaltungshalle aus dem Vergabeverfahren

Auszug:

TOP 4

980/2010

Vergabeverfahren zur Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums auf dem Steinmüllergelände

- Europaweite Ausschreibung 2008/S119-158145 (Steinmüllergelände) -

Hier: Beschluss einer modifizierten Aufforderung zur Abgabe eines überarbeiteten Angebotes an die Bieter

Auszug:

TOP 5

979/2010

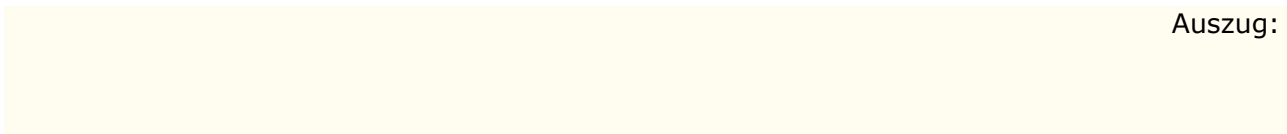
Beteiligung der Stadt Gummersbach an der Planung und Errichtung einer Multifunktionalen Veranstaltungshalle sowie Schaffung der dazu notwendigen baurechtlichen Voraussetzungen

Auszug:

TOP 6

Mitteilungen – Entschuldigung der Post für die Zustellungspanne

Auszug:



Öffentlicher Teil :

TOP 7

981/2010

Grundsatzbeschluss zur Sanierung und Umnutzung der „Halle 32“ auf dem Steinmüllergelände

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst (bei Stimmenthaltung/en).

1. Der Rat der Stadt nimmt die in der Sitzung vorgestellten Planungen zur Sanierung und Umnutzung der „Halle 32“ auf dem Steinmüllergelände in Gummersbach (Anlage 3 zur Originalniederschrift) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht zur vorgesehenen Finanzierung von Bau und Betrieb – einen entsprechenden Förderantrag zu stellen und die notwendigen Schritte zur Umsetzung der Maßnahme vorzubereiten.
2. Der Rat erklärt sich weiterhin vorbehaltlich kommunalaufsichtlicher Genehmigung grundsätzlich bereit, die damit verbundenen zusätzlichen Finanzmittel zu gegebener Zeit bereit zu stellen.

Auszug:

TOP 8

982/2010

Information zum Sachstand des Vergabeverfahrens zur Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums und zur Planung einer Multifunktionalen Veranstaltungshalle sowie der Sanierung der „Halle 32“ auf dem Steinmüllergelände Gummersbach

BM. Frank Helmenstein, Beig. Thome und Techn. Beig. Stücker geben einen Überblick über die Inhalte der zuvor gefassten Beschlüsse. Im Anschluss nehmen die Fraktionsvorsitzenden zu den gefassten Beschlüssen und zu den Gründen für die Verschiebung der Sitzungen auf den heutigen Tag Stellung.

Auszug:

TOP 9

Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Auszug:

TOP 10

Anträge

Auszug:

TOP 10.1
942/2010
Einführung eines Sozialpasses

Für die Fraktion „DIE LINKE:“ stellt Stv. Heinen folgenden Antrag und begründet ihn:

1. Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen. In dem Sozialpass sollen die Ermäßigungen, etc. dargestellt und zusammengefasst und so für die Benutzerinnen und Benutzer transparent gemacht werden.
2. Den Sozialpass erhalten alle Personen, die:
 - laufende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II durch die ARGE erhalten,
 - Wohngeld nach dem WoGG beziehen,
 - den Kinderzuschlag nach 6a BKGG durch die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit erhalten,
 - in einem Alten- bzw. Pflegeheim oder in einer stationären Eingliederungseinrichtung wohnen und lediglich einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung nach dem SGB XII erhalten,
 - laufende Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII erhalten,
 - laufende Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII erhalten,
 - die Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sind.
3. Wir wollen, dass alle Mitbürger/innen -auch die finanziell schwachen- am Leben in allen Bereichen unserer Stadt teilhaben können. Deshalb fordern wir einen echten Sozialpass:
 - 75% Ermäßigung bei VHS und Musikschule und Veranstaltungen der Stadt Gummersbach
 - spürbare Ermäßigung bei Betreuung der Kinder, insbesondere kostenfreies Essen in der Schule und im Kindergarten
 - 50% Ermäßigung in Gummersbach's Schwimmbädern
 - maximal 20€ für ein VRS Monatsticket
 - kostenlose Nutzung der Kreis- und Stadtbibliothek
 - kostenlose Ausfertigungen von Abschriften/Beglaubigungen
 - kostenloses Konto bei der Sparkasse Gummersbach/Bergneustadt
 - kostenfreie Mitgliedschaft in: Sport- und Kulturvereinen, Vereinen die den Status „Gemeinnützigkeit“ besitzen,
 - Berechtigung zur Nutzung des Angebotes der Oberbergischen Tafel

Begründung:

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für Menschen mit geringem Einkommen nur sehr schwer oder gar nicht möglich. Die Folge sind gesellschaftliche Isolation und Ausgrenzung. Zwar gibt es Vergünstigungen, diese sind jedoch vielen nicht bekannt. Mit dem neuen Sozialpass können bestehende Vergünstigungen nochmals bekannt gemacht werden, neue hinzugefügt und den Betroffenen nahe gebracht werden.

Der 3. Armutsbericht der Bundesregierung hat in eindrucksvoller Weise vor Augen geführt, dass auch in einem der reichsten Industrieländer der Welt Armut eine immer größere Rolle spielt. Damit hat der Bericht die zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzung in der BRD aufgezeigt. Die Frage nach der Zugehörigkeit zur und der Teilhabe an der Gesellschaft wird die zentrale Auseinandersetzung der nächsten Jahre sein. Im Mittelpunkt wird die Frage stehen, ob

man es hinnimmt, dass große Teile der Gesellschaft nicht mehr am normalen gesellschaftlichen Leben teilhaben sollen, oder ob die Gesellschaft solidarisch alle ihre Mitglieder mitnimmt und integriert.

Der Bericht dokumentiert ein Versagen der Politik der letzten Jahrzehnte. Die Reallöhne sind gesunken, mehr als ein Drittel der Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor. Die Einkommensschere geht immer weiter auseinander, ohne Sozialtransfers würde bereits heute jeder vierte Deutsche unter der Armutsgrenze leben. Armut hat mittlerweile längst Teile der Gesellschaft erreicht, für die Armut in der Vergangenheit eigentlich nie ein Thema war. Der Lebensstandard vieler Menschen in Deutschland sinkt, gerade für die ehemalige Mittelschicht ist das eine bittere Erfahrung, denn diese Menschen kannten die Angst vor Armut bisher nicht.

Viele Menschen leben unter der Armutsgrenze, viele Kinder sind auf staatliche Unterstützung angewiesen, weil ihre Eltern nicht genug verdienen. Viele Rentner/innen, Hartz-IV-Empfänger/innen und Geringverdiener/innen können es sich nicht mehr leisten am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. So wird eine Busfahrt zur Großmutter oder die Mitgliedschaft in einem Sportverein zu einer ständig gegeneinander abzuwägenden Rechenaufgabe.

Alle Einwohner/innen, ob sie nun viel oder wenig Geld haben, sind ein wichtiger Teil unserer Stadt. Alle Bürger/innen in Gummersbach haben ein Recht darauf am Leben der Stadt teilzuhaben.

Die Ermäßigungen sollten sich an den in den Regelsätzen enthaltenen Anteilen für Kultur, Freizeit und Bildung orientieren und deshalb erhebliche Nachlässe gewähren.

Eine durch den Sozialpass steigende Inanspruchnahme der Einrichtungen und Angebote in Gummersbach kann eine weitgehende Refinanzierung der Kosten sichern.

Der Tagesordnungspunkt wurde bei einer Enthaltung zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss verwiesen.

Auszug:

TOP 10.2 962/2010

Verzicht auf die Erneuerung einer Fußgängerbrücke

Stv. Heinen stellt für die LINKE-Stadtratsfraktion folgenden Antrag und begründet ihn:

Im Protokoll der öffentlichen Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 19.02.2010 ist beschrieben, siehe Anlage, dass eine Fußgängerbrücke über die Bahntrasse zur Mehrhardt in Höhe der Firma Eschmann Stahl GmbH abgerissen werden soll (wurde) und eine eventuelle Erneuerung für das Jahr 2011 einzuplanen ist. Der bereitzustellende Investitionsbetrag wurde mit Eur 50.000,-- veranschlagt.

„Die Linke im Stadtrat Gummersbach“ stellt hiermit den Antrag, diese Brücke nicht zu erneuern.

Begründung

Zwischen dem Ortseingang Brunohl und Dieringhausen Aggerbrücke, ca. 2,0 – 2,5 km Strecke, existierten bisher 5 Über- bzw. Unterquerungen der Bahnlinie, und zwar:

1. Brücke Nähe Ortseingang Brunohl, oberhalb einer Gaststätte in Richtung Ösinghausen.
2. Unterführung ca. 300 m dem Straßenverlauf folgend (d.S.f.) in Richtung Dieringhausen zum Wohngebiet Hohenstein.
3. Brücke ca. 300 m d.S.f., die besagte Brücke Höhe Eschmann Stahl, die abgerissen wurde.
4. Unterführung ca. 500 m d.S.f. Nähe eines Autohauses.
5. Unterführung ca. 150 m d.S.f. Gegenüber der Aggerbrücke.

Laut Protokoll überqueren diese Brücke lediglich 10-12 Personen je Tag, Wanderer und Spaziergänger. Auf ein Jahr gesehen halten wir selbst diese geringe Zahl für zu hoch angesetzt.

Diese Brücke wurde vor weit mehr als 50 Jahren gebaut und zu diesem Zeitpunkt gab es andere Beweggründe zur Notwendigkeit dieser Überführung, z. B. aufgrund der geringen Mobilität der Bürger.

Das sieht heute im Automobilzeitalter jedoch ganz anders aus. Durch die verkehrstechnischen Voraussetzungen ist diese Brücke überflüssig geworden. Die geringe Nutzung beweist unsere These.

Bei Wegfall der Brücke würden nach unserer Überzeugung für die Dieringhausener Bevölkerung keinerlei Nachteile entstehen, denn in diesem Bereich existiert auch kein Wohngebiet.

Aufgrund der geringen Nutzung sehen wir deshalb keine Notwendigkeit, diese Brücke zu erneuern, auch wenn wir hier mit der Tradition brechen.

Wir gehen davon aus, dass sich die in sehr schlechter finanzieller Lage befindliche Stadt Gummersbach die Erneuerung einer „Hobbybrücke“ nicht erlauben kann.

Stellv. BM. Marquardt weist darauf hin, dass im zitierten Protokoll lediglich festgehalten wurde, dass die Mittel für die Sanierung ausschliesslich bei Bedarf veranschlagt werden sollen, mithin zu gegebener Zeit ggf. im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss eine Diskussion erfolgen wird, falls Bedarf gesehen werden sollte. Für die CDU – Stadtratsfraktion kündigt er daher die Ablehnung des heutigen Antrags an.

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Auszug:

TOP 10.3

972/2010

Stornierung des Auftrages zur Schulentwicklungsplanung

Stv. Heinen trägt für die LINKE Stadtratsfraktion folgenden Antrag vor und begründet ihn:

Im Protokoll der öffentlichen Sitzung des Schul- und Sportausschusses 13.04.2010, Top 2 ist beschrieben, dass die Verwaltung (Zuständigkeit Herr Beigeordneter Thome) im Februar 2010 einen Schulentwicklungsplan extern in Auftrag gegeben hat.

„Die Linke im Stadtrat Gummersbach“ stellt hiermit den Antrag, diesen Auftrag zurückzunehmen (zu stornieren).

Begründung

Herr Thome hat im Rahmen der letzten Schulausschusssitzung am 13.04.2010 auf Antrag/Anfrage durch den Vertreter der Fraktion „Die Grünen“ Herrn Dissmann mitgeteilt, dass sich die Verwaltung fachlich ausserstande sähe, einen verlässlichen Plan für die nächsten 5 Jahre zu erstellen.

Wir möchten hierzu unser Unverständnis ausdrücken.

Der Leiter des Schulamtes, Herr Hüttebreucker, hatte anschließend den Ausschussmitgliedern die Schulstatistik 2010 in detaillierter Form vorgetragen, die als Basis für einen neuen Schulentwicklungsplan gelten kann.

Zur Erstellung dieses Papiers dürften der Verwaltung alle weiteren notwendigen Unterlagen, wie die bisherigen Schulentwicklungspläne, weitere detaillierte Statistiken zur aktuellen Schulentwicklung, demographische Entwicklungen, Zuzüge- und Abwanderungen, Geburten und deren Prognosen vorhanden bzw. zu beschaffen sein.

Aus diesen Zahlen sollte die Verwaltung in der Lage sein, eine auf den heutigen Stand verlässliche Entwicklung voraus zu berechnen.

Allein der von Herrn Thome vorgetragene Grund einer fehlenden fachlichen Qualifikation, kann aus unserer Sicht kein plausibler Grund für die Auswärtsvergabe sein.

Ein verantwortungsvoller und bewusster Umgang mit den Kosten sollte bei der Entscheidung einer Auswärtsvergabe im Vordergrund stehen und das können wir hier nicht erkennen.

Beig. Thome erläutert, die formale Unzulässigkeit der Anträge sowohl hier, als auch im Schul- und Sportausschuss auf Grund der Tatsache, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt. Im Übrigen ist der Auftrag nahezu abgewickelt, so dass ein entsprechend hoher Schadenersatz für eine Stornierung zu zahlen wäre.

Stv. Sülzer ergänzt, dass externe Schulentwicklungsplanungen regelmäßig viel umfangreicher seien. Die zusätzlichen Daten seien auf Grund der komplexen demografischen Entwicklungen unbedingt erforderlich, damit keine Probleme unberücksichtigt bleiben.

Vorstehender Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.
Abstimmungsergebnis:

Ja : 1	Nein : 37	Enthaltungen : 4
--------	-----------	------------------

Auszug:

TOP 10.4**983/2010****Bewohnerparken im Innenstadtbereich von Gummersbach**

Stv. Frackenpohl-Hunscher trägt folgenden Antrag vor und begründet ihn:

Der Bau- und Planungsausschuss des Rates der Stadt Gummersbach wird beauftragt sich mit dem Bewohnerparken in städtischen Quartieren zu beschäftigen.

Hierbei sollte als Ergebnis herauskommen, dass im Innenstadtbereich – beispielhaft die

Grotenbachstr. und die Körnerstr. – Bewohnerparkplätze eingerichtet werden.

Begründung:

Von zahlreichen Bürgern in der Grotenbachstr. und Körnerstr. kommen schon seit vielen Jahren Beschwerden über die Parkzustände. Die vorhandenen Parkplätze werden durch Autos von Bürgern belegt, die in unmittelbarer Nähe ihre Arbeitsstätte haben. Hierzu gehören Bedienstete der Kreis- und der Stadtverwaltung sowie Schülerinnen und Schüler der umliegenden Schulen aber auch Beschäftigte des Einzelhandels und sonstiger Einrichtungen.

Es kann nicht sein, dass die Bewohner im Innenstadtbereich nicht in der Lage sind vor Ihrer Haustüre ein- und auszuladen oder keine Möglichkeit haben, Handwerkern Parkraum zu bieten. Durch die kostenpflichtige Parkraumbewirtschaftung bei Kreis und Stadt flüchten die Bediensteten zu kostenlosem Parken vor den Wohnungen der Anwohner im Innenstadtbereich.

Zu diesem Thema gäbe es noch sehr viel zu sagen. Die Anwohner sind ziemlich empört, dass es in Gummersbach – im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Städten – noch keine Bewohnerparkplätze gibt. Ich bitte darum, dass sich der Bau- und Planungsausschuss dieses Themas annimmt und kurzfristig zu zufriedenstellenden Lösungen für die Bürger kommt.

In der Innenstadt in Gummersbach herrscht großer Mangel an kostenfreien Parkplätzen. Weitere Begründungen – untermauert mit Photomaterial – kann ich gerne bei Bedarf noch mündlich vortragen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig zur weiteren Beratung an den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

Auszug:

TOP 11

970/2010

Wiederwahl der stellvertretenden Schiedsfrau für den Schiedsbezirk II (Bereich Dieringhausen / Vollmerhausen)

Stv. Johanns wirkt zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mit und begibt sich in den Zuhörerbereich.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt beschließt, Frau Larissa Johanns, Schulbergstraße 5, 51645 Gummersbach, zur stellvertretenden Schiedsfrau für den Schiedsbezirk II (Bereich Dieringhausen / Vollmerhausen) wiederzuwählen.

Auszug:

TOP 12

963/2010

Umbesetzung in der Geschäftsführung der Trägergesellschaft Stadthalle Gummersbach GmbH

Frau Stv. Voß-Canisius wirkt zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mit und begibt sich in den

Zuhörerbereich.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst (bei einer Stimmenthaltung).

Der Rat der Stadt schlägt der Gesellschafterversammlung der Trägergesellschaft Stadthalle Gummersbach GmbH vor, Frau Stv. Irmgard Voß-Canisius zur ehrenamtlichen Geschäftsführerin und Herrn Stv. Rüdiger Goldmann zum stellvertretenden ehrenamtlichen Geschäftsführer der Trägergesellschaft Stadthalle Gummersbach GmbH zu wählen.

Auszug:

TOP 13**637/2009****Bebauungsplan Nr. 244 „Dieringhausen – Ehemalige Erddeponie“****Beschluss über Stellungnahmen, Abschluss eines städtebaulichen Vertrages sowie Satzungsbeschluss**

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Der Rat der Stadt beschließt das in den Anlagen 1e, 2b, 3b, 4b, 5b, 6b und 7a der der Originalniederschrift als Anlage 4 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung über die vorgebrachten Stellungnahmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den als Anlage beigefügten „Städtebaulichen Vertrag“ abzuschließen. Der Vertrag wird Anlage zur Begründung des Bebauungsplans Nr. 244 „Dieringhausen – Ehemalige Erddeponie“.
3. Der Bebauungsplan Nr. 244 „Dieringhausen – Ehemalige Erddeponie“, bestehend aus Planzeichnung mit Textteil, wird gemäß § 2 Abs. 1 i.V. mit § 10 BauGB, § 86 BauO NRW und § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 17.05.2010 beigefügt.

Auszug:

TOP 14**934/2010****Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung Hülsenbusch****Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss**

Stv. Cordes wirkt zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mit und begibt sich in den Zuhörerbereich.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst (bei einer Stimmenthaltung).

1. Der Rat der Stadt beschließt das in den Anlagen 1a, 2a, 3a und 4a der der Originalniederschrift als Anlage 5 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung über die vorgebrachten Stellungnahmen.
2. Der Rat der Stadt beschließt die Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung Hülsenbusch gemäß § 34 Abs. 4 BauGB und § 7 GO NRW als Satzung. Der Satzung wird die Begründung vom 17.05.2010 beigefügt.

Auszug:

TOP 15

946.1/2010

Erlaß einer Satzung über die Nahwärmeversorgung der Stadt Gummersbach auf dem Steinmüllergelände

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst (bei einer Stimmenthaltung).

Der Rat der Stadt beschließt die der Originalniederschrift als Anlage 6 beigefügte Satzung über die zentrale Nahwärmeversorgung für das Steinmüllergelände.

Auszug:

TOP 16

943/2010

Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2010 der Stadtwerke Gummersbach

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat beschließt den Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2010.

Auszug:

TOP 17

Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Auszug:

Frank Helmenstein
Bürgermeister

Jörg Robach
Schriftführer